

Die Finanzperspektiven im Fokus

Für die kommenden zwei Jahre stimmt die Aufgaben- und Finanzplanung des Kantons St. Gallen zuversichtlich. Längerfristig sei aber mit einem wachsenden Ungleichgewicht zu rechnen, war der Tenor in den Beratungen.

SINA BÜHLER

ST. GALLEN. Wie jedes Jahr hat der Kantonsrat am Dienstag ausführlich den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) beraten. Dieses Instrument dient der mittelfristigen Haushaltsplanung bis 2019. Er gibt in grossen Linien vor, wie das Geld kurzfristig in den jährlichen Budgets verwendet wird. Der erstmals verfasste Bericht «Langfristige Perspektiven» zeigt hingegen auf, wie der Kantonshaushalt auch weiterhin im Gleichgewicht bleiben kann.

Der AFP sieht für 2018 und 2019 Aufwandüberschüsse von 23 beziehungsweise 37 Millionen Franken vor. Das Budget 2016 hatte noch ein Defizit von 31 Millionen Franken vorgesehen. Der Präsident der Finanzkommission, Kurt Alder (SVP, St. Gallen), freute sich über die weitere Konsolidierung des Haushalts. Er warnte allerdings auch: «Es gibt verschiedene Unsicherheiten, was die Einnahmen angeht. Beispielsweise jene aus dem Bundesfinanzausgleich, der Nationalbank und die künftigen Steuerausfälle.»

Finanzdirektor Martin Gehrer bestätigte dies: «Soeben hat der Nationalrat die Vorlage zur Unternehmenssteuerreform III zugunsten der Wirtschaft angepasst – auf Kosten der Kantone.» Die Wachstumsrate im AFP von 1,1 Prozent ist laut Gehrer dennoch moderat. Und er könne nicht nachvollziehen, wie hier von «ungebremstem Ausgabenwachstum» geredet werden könne.

Rahmenbedingungen

Die Finanzkommission definierte verschiedene Rahmenbedingungen für das nächste Budget. Dieses müsse ohne Erhöhung von Steuerfuss- und Staatsquote auskommen. Die Ausgaben für den Personalaufwand sollen auf 720 Millionen Franken plafoniert und die Beiträge an



Bild: Regina Köhne

Finanzchef Martin Gehrer: Das besondere Eigenkapital hilft, die Schuldenbremse einzuhalten.

das Amt für Kultur nicht erhöht werden. Die Finanzkommission nennt dies allerdings nicht eine «Vorgabe» oder eine «Empfehlung» an die Regierung, sondern nur eine «Einladung». Wie Regierungsrat Martin Klöti meinte, sei es gar nicht in jedem Fall möglich, dieser Einladung Folge zu leisten: «Beispielsweise dann nicht, wenn wir frühere Kan-

tonsratsentscheide oder bestehende Gesetze einhalten müssen.»

Eine Minderheit im Parlament wollte nichts von diesen Leitlinien wissen. Sie seien nutzlos und deklamatorisch, meinte beispielsweise die Fraktion der SP/Grünen. Und im Fall des Amtes für Kultur seien sie auch unerklärlich, fand Nino Cozzio

(CVP, St. Gallen): «Ich sehe nicht ein, warum man hier ein einzelnes Amt angreift.» Die Finanzkommission konnte dies zwar nicht zu seiner Befriedigung begründen, setzte sich aber dennoch in allen Punkten durch.

Auf Widerstand gestossen

Keine Chance hatte ein Antrag der SVP-Fraktion. Sie wollte die

Regierung dazu verpflichten, beim Budget 2017 und dem nächsten AFP keine Gelder aus dem besonderen Eigenkapital mehr zu entnehmen. Das Ansinnen stiess in allen anderen Fraktionen auf Widerstand.

Zweckgebundene Mittel

Das besondere Eigenkapital ist zweckgebunden. Es steht für Gemeindefusionen und die Abfederung von Steuermassnahmen zur Verfügung. «Das wurde uns bei jeder Steuersenkung erklärt – konsequenterweise müsste man dann diese rückgängig machen», erklärte Peter Hartmann (SP, Flawil). Und auch Finanzchef Martin Gehrer ist der Überzeugung, nur mit diesen Bezügen die Schuldenbremse einhalten zu können. «Ich vermute, dieser Antrag wurde nur darum gestellt, damit wir diese zweckgebundenen 25,6 Millionen Franken anderswo einsparen müssen.»

Wachsendes Ungleichgewicht

Der Bericht zu den «langfristigen Perspektiven» zeigte hingegen, dass sich der Kantonshaushalt auf längere Sicht in einem Ungleichgewicht befinde, das sich bis 2035 noch erhöhen dürfte. Dies vor allem deswegen, weil die Einnahmen nicht im gleichen Tempo wachsen wie die Ausgaben. Dafür verantwortlich seien auf der Einnahmenseite vor allem der Finanzausgleich und Massnahmen wie die Unternehmenssteuerreform III. Auf der Ausgabenseite werden hingegen die Kosten für den Unterhalt der Kantonsimmobilien künftig noch zu reden geben. Es habe sich gezeigt, dass dieser in den vergangenen Jahren vernachlässigt worden sei.

Plan genehmigt

Das Parlament genehmigte den Aufgaben- und Finanzplan und nahm den Bericht zur langfristigen Planung zur Kenntnis.